

Wirtschaft im Wandel

2/2025

30. Juni 2025, 31. Jahrgang



Reint Gropp **S. 27**

Bürokratieabbau: Brauchen wir einen Elon Musk in Deutschland?

Michael Koetter, Felix Noth,
Fabian Wöbbeking **S. 29**

Aktuelle Trends: Immobilien-
preise geben nach

Rafael Barth **S. 38**

Forschen für den Arbeitsmarkt
von morgen

Stefan Bach, Charlotte Bartels,
Theresa Neef **S. 30**

Die Verteilung und Struktur des deutschen
Nationaleinkommens von 1992 bis 2019

Simon Wiederhold **S. 40**

Kalifornische Inspirationen

Reint Gropp **S. 35**

Die deutsche Investitionsschwäche:
Warum gibt es sie, warum ist sie
wichtig und was sollte die neue
Bundesregierung dagegen tun?

Inhaltsverzeichnis

- 27** Kommentar: Bürokratieabbau: Brauchen wir einen Elon Musk in Deutschland?
Reint Gropp

- 29** Aktuelle Trends: Immobilienpreise geben nach
Michael Koetter, Felix Noth, Fabian Wöbbeking

- 30** Die Verteilung und Struktur des deutschen Nationaleinkommens von 1992 bis 2019
Stefan Bach, Charlotte Bartels, Theresa Neef

- 35** Die deutsche Investitionsschwäche: Warum gibt es sie, warum ist sie wichtig
und was sollte die neue Bundesregierung dagegen tun?
Reint Gropp

- 38** Forschen für den Arbeitsmarkt von morgen
Rafael Barth

- 40** Kalifornische Inspirationen
Simon Wiederhold

- 42** Meldungen

- 44** Veranstaltungen

- 46** Publikationen

- 48** Diskussionspapiere

- 48** Pressemitteilungen

- 50** Das IWH in den Medien

- 51** Personalien

Bürokratieabbau: Brauchen wir einen Elon Musk in Deutschland?

Reint Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Bürokratie und eine Verkleinerung des Staates sind schon seit Jahren in aller Munde. Bürokratieabbau war in den Wahlprogrammen aller deutschen Parteien zur letzten Bundestagswahl zu finden. Wenn Unternehmen gefragt werden, was sie davon abhält zu investieren, rangieren überbordende Bürokratie und Berichtspflichten zusammen mit Arbeitskräftemangel und hohen Energiekosten an erster Stelle.

Und das nicht ohne Grund: Laut einer Untersuchung der Stiftung Marktwirtschaft ist die Anzahl der Einzelnormen im Bundesrecht seit 2010 von 80 000 auf 96 000 – also um 20% – gestiegen. Würde man Gesetze und Verordnungen der Bundesländer hinzurechnen, fiel das Wachstum noch deutlicher aus. Den Anstieg der Verordnungen auf die EU zurückzuführen, wie das Politiker gern tun, würde zu kurz greifen, denn am Ende müssen alle EU-Direktiven erst noch auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Das kann man effizient oder ineffizient machen, und die meisten neuen Regeln und Berichtspflichten sind ohnehin national.

Es wird aber noch schlimmer, denn mit dem zunehmenden Regulierungsaufwand rechtfertigt der öffentliche Sektor neue Planstellen. So hat sich deren Anzahl in den Bundesministerien seit 2015 um 30% erhöht, nachdem sie in den zehn Jahren zuvor auf gleichem Niveau geblieben war. Diese Zunahme an Mitarbeitern ist noch ausgeprägter in anderen Behörden: In der Bundesagentur für Arbeit zum Beispiel gab es einen Zuwachs der Stellen um 20% bei gleichzeitiger Halbierung der Arbeitslosenzahlen. Ähnliches ließe sich in vielen anderen Behörden feststellen. All das erhöht die Steuerlast und den Aufwand bei Unternehmen und Privatpersonen, um Regeln und Verfahren einzuhalten. Schätzungen zufolge liegt der Aufwand bei Unternehmen allein jetzt schon bei über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

All das ist passiert, obwohl die Ampelkoalition und natürlich auch die Vorgängerregierungen allesamt den Bürokratieabbau als wichtiges Politikziel ausgegeben hatten. Wir müssen anerkennen, dass die gegenwärtige Strategie nicht funktioniert. Brauchen wir also Disruption im öffentlichen Sektor à la Elon Musk? Um das zu beurteilen, ist es wichtig zu verstehen, was die „Strategie“ Elon Musks eigentlich ist. Es ist klar, dass durch *Doge* (*Department of Government Efficiency*)-Aktivitäten zunächst einmal keine einzige Regulierung abgebaut wird. Doge hat keinerlei Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Tatsächlich werden Regulierungen nur nicht umgesetzt. Es wird dort gespart, es werden Verträge gekündigt oder Menschen entlassen, wo es am einfachsten ist, nicht unbedingt am sinnvollsten. Der Staat wird pauschal verschlankt, ohne Rücksicht auf Prioritäten und eine systematische Analyse, was die wichtigsten Aktivitäten des Staates eigentlich sind und wie man sie effizienter gestalten könnte. Ohne diese Analyse führen aber diese Einsparungen nur zu einem dysfunktionalen Staat, nicht zu größerer staatlicher Effizienz. Das Ziel von Musk ist es ja wohl auch nicht, den Staat effizienter, sondern ihn handlungsunfähig zu machen. Dabei geht es primär um Ideologie und nicht um eine effizientere Verwaltung wichtiger Funktionen des Staates.

Wir brauchen einen schlankeren Staat, aber noch viel mehr brauchen wir einen besseren Staat!

Wir brauchen also zwar Disruption, aber gezielte, strategische Disruption und keinen Elon Musk. Die große Herausforderung ist, Prioritäten zu setzen: also die wichtigen Dinge, die der Staat zweifellos leistet und leisten sollte, von Unwichtigem zu trennen. Wir brauchen einen schlankeren Staat, aber noch viel mehr brauchen wir einen besseren Staat.

Wir brauchen einen Staat, der wieder zum Dienstleister der Menschen und Unternehmen wird. Das heißt, die Regierung muss sich folgende Fragen stellen:

(1) Was sollte der Staat tun, damit die Menschen und Unternehmen in der sich schnell ändernden Welt erfolgreich sein können?

(2) Welche Aktivitäten des Staates erfüllen die Bedürfnisse der Menschen und Unternehmen und welche Aktivitäten erfüllen nur die Anforderungen des Staats selbst?

Wenn man die Antworten auf beide Fragen gefunden hat, sollte man konsequent alle Aktivitäten beenden, die nur dem Staat selbst dienen, und alle anderen effizienter machen. Wenn die neue Bundesregierung keine Antworten auf diese Fragen findet und anschließend die notwendigen Reformen nicht schnell umsetzt, wird Deutschland auf absehbare Zeit keinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg haben können.¹ 

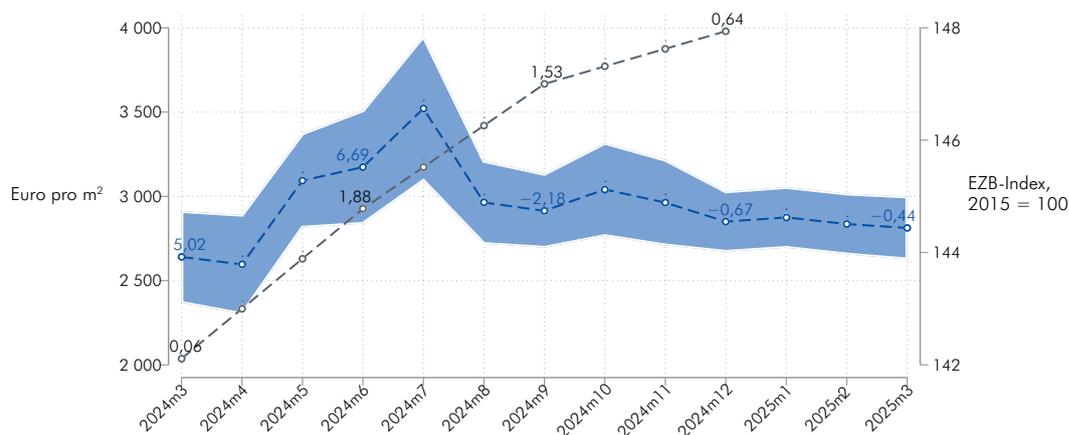
DOI: <https://doi.org/10.18717/wwdy0r-hz37>

1 Die Originalfassung dieses Textes erschien am 22.03.2025 bei [Table Media](#).

Aktuelle Trends: Immobilienpreise geben nach

Michael Koetter, Felix Noth, Fabian Wöbbing

Kaufpreise pro Quadratmeter



Legende: Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für Wohnimmobilien (linke y-Achse) für 15 europäische Länder basierend auf dem EREI-Index des IWH (blau gestrichelte Linie). Die blaue Fläche beschreibt die Grenzen des 95%-Konfidenzintervalls. Die graue gestrichelte Linie zeigt die Entwicklung des Kaufpreisindex der Europäischen Zentralbank (EZB) (RESR.Q.U2.T.N.TR.TVAL.4D0.TB.N.IX, rechte y-Achse). Dieser wird auf Quartalsebene erhoben. Zur besseren Darstellung ist er hier monatlich interpoliert. Die Zahlen an den jeweiligen Zeitreihen geben die Wachstumsrate (EREI: durchschnittliche monatliche Wachstumsrate) der Reihe für das letzte Quartal in Prozent an.

Quellen: IWH-EREI; EZB; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In turbulenten Zeiten, die von anhaltenden geopolitischen Krisen, dem holprigen Regierungswechsel in Deutschland und volatilen Aktienmärkten geprägt sind, mögen die eine oder der andere Investor auf Betongold setzen. Ob dies eine gute Idee ist, zeigt ein Blick auf die Dynamik im europäischen Häusermarkt. Das IWH erhebt seit 2018 mit Hilfe maschinengestützter Methoden Angebotspreise für private Wohnimmobilien in bis zu 18 EU-Ländern, den [European Real Estate Index \(EREI\)](#). Nach einem Höhepunkt im Sommer 2024 haben die Immobilienpreise im Euroraum deutlich nachgelassen. Laut unseren Daten fielen die durchschnittlichen Angebotspreise pro Quadratmeter von rund 3 500 Euro im Juli 2024 auf etwa 2 900 Euro im März 2025. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im August und September 2024 mit Preisveränderungen von $-2,2\%$ bzw. $-0,7\%$, obwohl der offizielle Preisindex der Europäischen Zentralbank (EZB) im gleichen Zeitraum weiter anstieg. Während die EZB-Daten bis in den Winter 2024 hinein einen anhaltenden nominalen Anstieg der durchschnittlichen Immobilienpreise anzeigen, zeigt der EREI eine Seitwärts- bis Abwärtsbewegung bei den tatsäch-

lichen Angebotspreisen an. Diese Diskrepanz könnte auf eine frühzeitige Reaktion des Marktes hindeuten, die sich noch nicht in den abgeschlossenen Transaktionen widerspiegelt, und somit auf eine mögliche Trendwende im Immobilienmarkt. Hohe Zinsen und sinkende Erschwinglichkeit dämpfen möglicherweise die Nachfrage und könnten Verkäufer unter Druck setzen, was sich gegebenenfalls bisher erst im Angebotsverhalten und nicht in Transaktionspreisen widerspiegelt. 

DOI: <https://doi.org/10.18717/wwrk7m-cw70>

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Leiter der Abteilung Finanzmärkte

Michael.Koetter@iwh-halle.de

Professor Dr. Felix Noth

Abteilung Finanzmärkte

Juniorprofessor Dr. Fabian Wöbbing

Abteilung Finanzmärkte

Die Verteilung und Struktur des deutschen Nationaleinkommens von 1992 bis 2019

Stefan Bach, Charlotte Bartels, Theresa Neef

Wie haben sich die Einkommen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Deutschland seit der Wiedervereinigung entwickelt? Unsere Studie untersucht die Entwicklung und Zusammensetzung des Nationaleinkommens entlang der Verteilung im Zeitraum von 1992 bis 2019. Während die untere Hälfte der Einkommensverteilung (unterhalb des Medianeinkommens) bis Mitte der 2000er Jahre reale Einkommensverluste verzeichnete, stiegen die Einkommen der oberen Mittelschicht (die obersten 10%, ohne das einkommensstärkste 1%) stetig. Die Spitzeneinkommen (oberstes 1%) blieben zwischen 1992 und 2019 relativ stabil. Arbeitseinkommen dominieren bei den unteren 99%, während das oberste 1% von Unternehmenseinkommen – insbesondere aus arbeitsintensiven Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen – bestimmt ist. Unsere Ergebnisse sind zentral für die Debatte über Reformen der Sozialversicherungsbeiträge und der Einkommensbesteuerung.

DOI: <https://doi.org/10.18717/wwj0jr-9209>

JEL-Klassifikation: D31, E01, H2, H5, J3

Schlagwörter: Arbeitseinkommen, Einkommensverteilung, Kapitaleinkommen, Spitzeneinkommen

Wie sich die Einkommen verschiedener Bevölkerungsgruppen entwickeln, ist eine zentrale Frage für Politik und Gesellschaft – etwa im Hinblick auf Reformen der Sozialversicherungsbeiträge, der Einkommensbesteuerung, der Ausgestaltung von Sozialleistungen oder öffentlicher Investitionen. Um beurteilen zu können, wie sich solche Reformen auf unterschiedliche Gruppen auswirken, wer Beiträge zahlt und wer Leistungen bezieht, braucht es ein genaues Verständnis der Einkommensstruktur entlang der Verteilung.

Dieser Beitrag zeigt, basierend auf einer jüngst veröffentlichten Studie,¹ dass sich die Einkommen verschiedener Einkommensgruppen in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten ungleich entwickelt haben. Während die untere Hälfte der Einkommensverteilung bis Mitte der 2000er Jahre reale Einkommensverluste hinnehmen musste, stiegen vor allem die Einkommen der oberen Mittelschicht (90. bis 99. Perzentil)², vor allem durch steigende Lohneinkommen von Besserverdienenden. Die Spitzeneinkommen

(oberstes 1%) blieben dagegen weitgehend stabil. Ein großer Teil der Spitzeneinkommen stammt aus arbeitsintensiven Dienstleistungsunternehmen wie Rechts-, Steuer-, IT- und Unternehmensberatungen, Ingenieurbüros und medizinischen Praxen.

Datengrundlage und Methodik

Wir kombinieren Mikrodaten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik mit Befragungsdaten des *Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)* und Aggregaten der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*, um die Verteilung des Nettonationaleinkommens in Deutschland zu schätzen. Das Nettonationaleinkommen umfasst das von Inländern empfangene Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie das Staatseinkommen (u. a. Nettoproduktions- und Importabgaben).

Unsere Analyse folgt der Methodik des *World Inequality Labs*, das für viele Länder weltweit länderspezifische Zeitreihen zu so genannten Distributional National Accounts (DINA) bereitstellt.³ Unsere Datenbasis deckt individuelle Einkommen der gesamten erwachsenen Bevölkerung in Deutschland ab, rund 67 Millionen Personen im Jahr 2019.

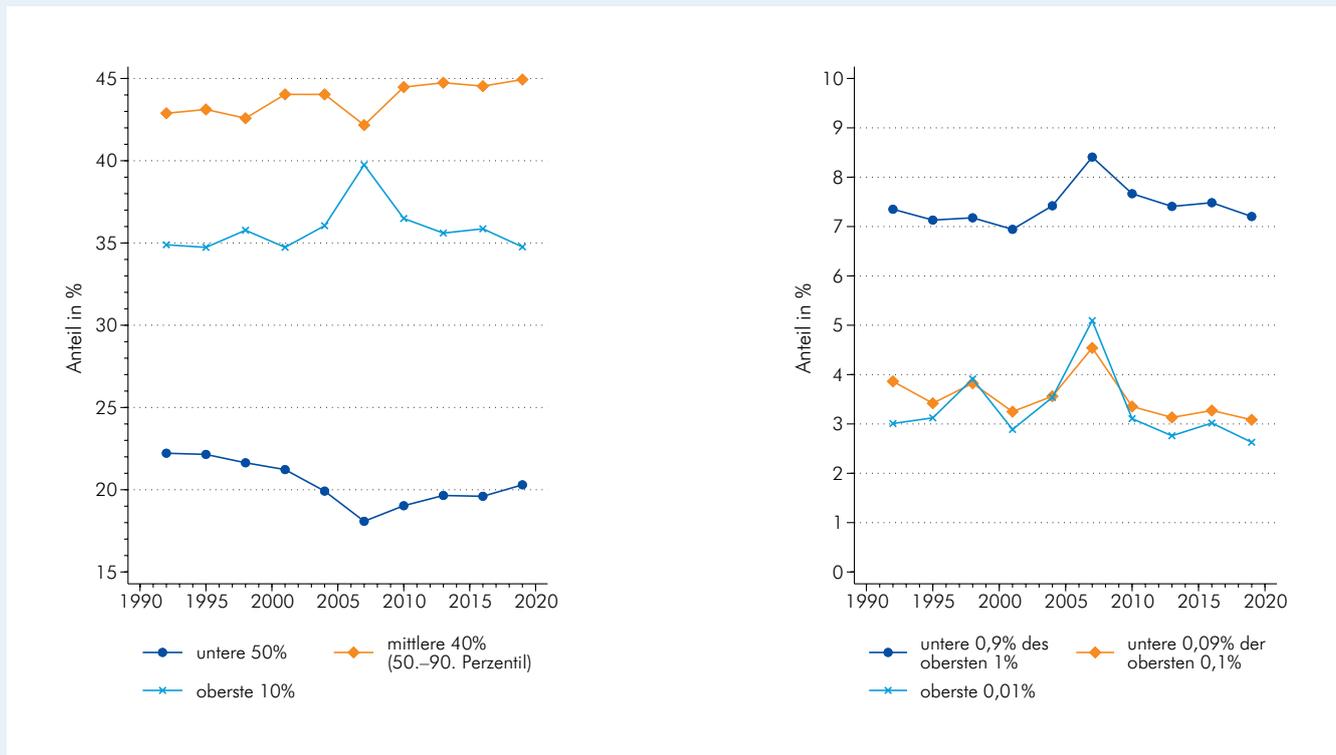
1 Bach, S.; Bartels, C.; Neef, T.: *The Distribution of National Income in Germany, 1992-2019*. IWH Discussion Papers 25/2024. Halle (Saale) 2024.

2 Durch die Perzentile wird die Einkommensverteilung in 100 gleich große Gruppen unterteilt. Das erste Perzentil umfasst das einkommensschwächste Prozent der Bevölkerung, das 100. Perzentil das einkommensstärkste Prozent, die Spitzenverdiener. Die unteren 50% umfassen alle Individuen mit Einkommen unter dem Median. Die mittleren 40% reichen vom Median bis zum 90. Perzentil, das nächste Segment vom 90. bis zum 99. Perzentil. Jede Person wird genau einer Gruppe zugeordnet.

3 Vgl. *World Inequality Lab: Towards a System of Distributional National Accounts (DINA)*. Webseite, <https://inequalitylab.world/en/eu-funded-projects/>, Zugriff am 14.05.2025.

Abbildung 1

Einkommensanteil der unteren 50%, mittleren 40% und oberen 10% und Untergruppen des obersten 1%



Quelle: Bach, S.; Bartels, C.; Neef, T. (2024), 12.

Wir ordnen die Individuen vom einkommensschwächsten bis zum einkommensstärksten und fassen sie in vier Gruppen zusammen: die unteren 50%, die mittleren 40% (50. bis 90. Perzentil), das 90. bis 99. Perzentil und das oberste 1%. Dank der detaillierten Mikrodaten können wir die Verteilung bis zu den obersten 0,01% erfassen und die Einkommenszusammensetzung analysieren. Da die Daten nur Querschnittsinformationen enthalten, erlauben sie jedoch keine Aussagen zur Einkommensmobilität. Personen können in verschiedenen Jahren unterschiedlichen Einkommensgruppen angehören, etwa, wenn Studierende später zu besser verdienenden Arbeitnehmern werden. Wir untersuchen die Verteilung des Nationaleinkommens vor Steuern. Dies umfasst alle Markteinkommen aus Kapital und Arbeit, einschließlich der einbehaltenen Unternehmensgewinne. Für jede Person ziehen wir gezahlte Sozialversicherungsbeiträge ab und rechnen empfangene Sozialversicherungsleistungen, vor allem Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, hinzu. Dadurch entsteht eine individuelle Umverteilung über die Sozialversicherung, insbesondere im Verlauf des Lebens. Nicht berücksichtigt sind in dieser Analyse die Umverteilung durch Steuern und bedarfsgeprüfte Transfers wie das Bürgergeld.

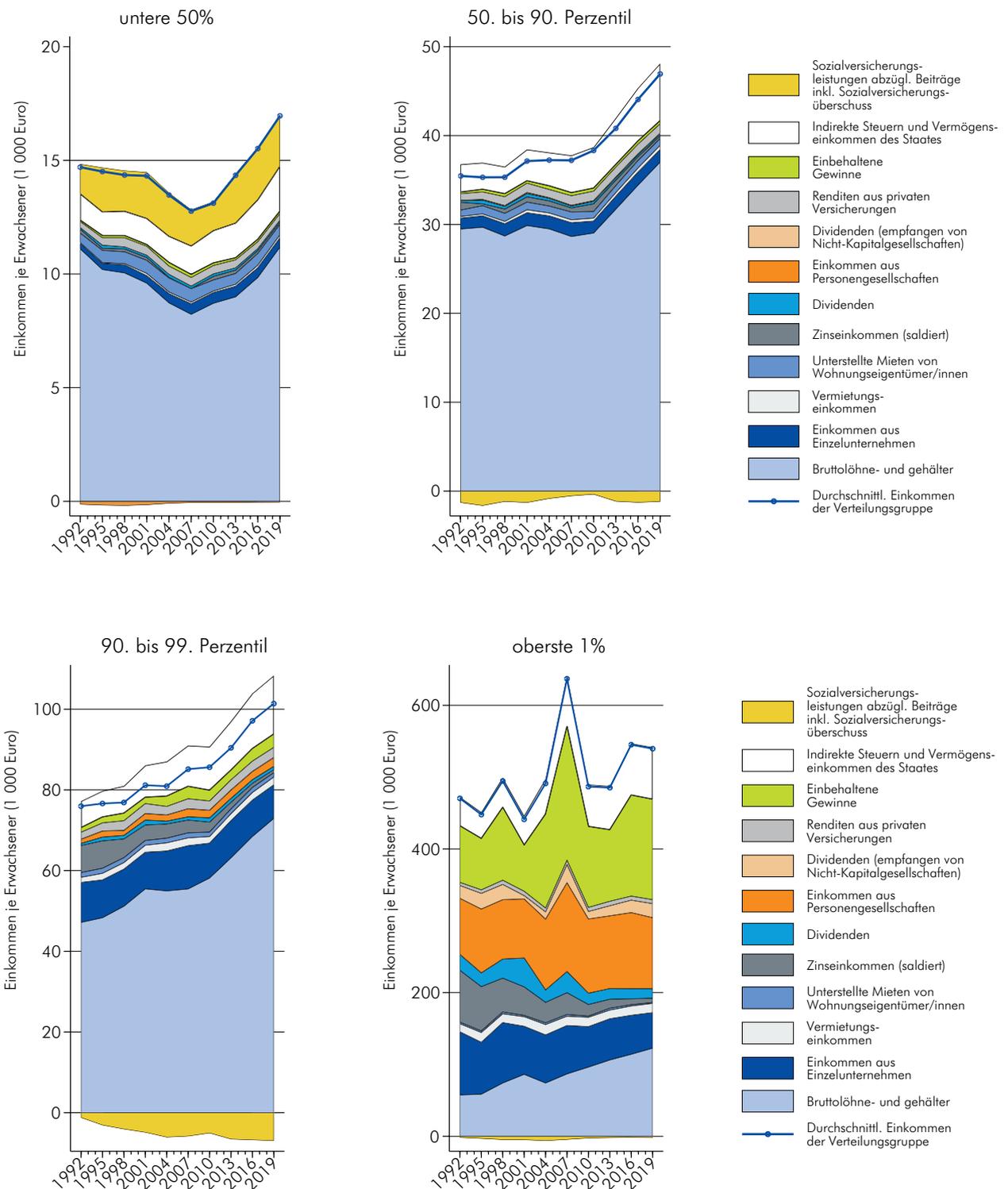
Die Verteilung des Nationaleinkommens

Die Entwicklung der Einkommen im Untersuchungszeitraum verlief über verschiedene Verteilungsgruppen hinweg ungleich, wie Abbildung 1 anhand der Einkommensanteile am Nationaleinkommen zeigt. Der Anteil der obersten 10% blieb insgesamt relativ stabil bei rund 35%. Er stieg in den 2000er Jahren an, kehrte anschließend aber auf frühere Werte zurück. Der Anteil der unteren 50% sank dagegen von 22% im Jahr 1992 auf etwa 17% im Jahr 2007 und erholte sich bis 2019 nur teilweise auf 20%.⁴

Ein Blick auf die Spitze der Verteilung zeigt eine hohe Konzentration der Einkommen. Innerhalb des obersten Perzentils erzielten die obersten 0,1% im Jahr 2019 fast so viel Einkommen wie die unteren 0,9% – 5,7% bzw. 7,2% des Nationaleinkommens. Auch innerhalb der obersten 0,1% setzt sich dieses Muster fort: Die unteren 0,09% und die obersten 0,01% vereinten jeweils 3,1% bzw. 2,6% des Nationaleinkommens auf sich. Zu den obersten 0,01% zählen etwa 6 700 Personen, die im Jahr 2019 ein jährliches

⁴ Da die Einkommensgruppen jedes Jahr neu abgegrenzt werden, können Personen im Zeitverlauf zwischen den Gruppen wechseln.

Abbildung 2
Einkommensentwicklung und -zusammensetzung entlang der Verteilung in Deutschland, 1992 bis 2019

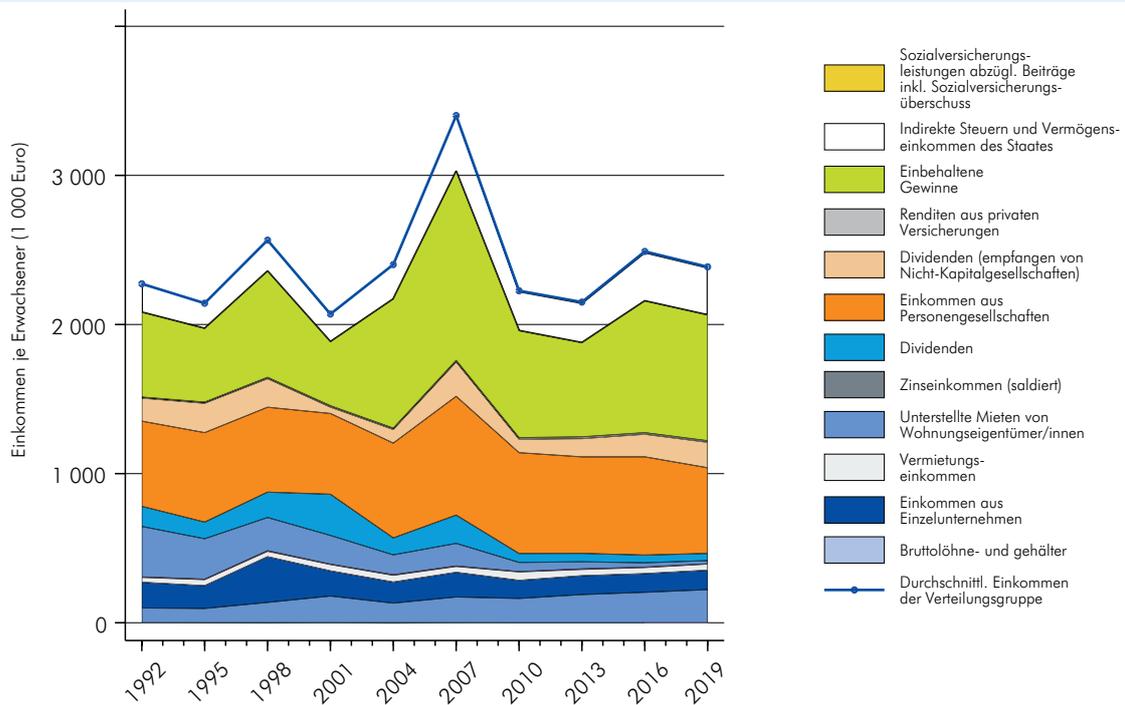


Anmerkungen: Durchschnittliches Nationaleinkommen der Bevölkerung ab 20 Jahren in 1 000 Euro in Preisen von 2015 unterteilt in vier Einkommensgruppen. Das Nationaleinkommen umfasst auf individueller Ebene alle Markteinkommen abzüglich Sozialversicherungsbeiträge und zuzüglich Sozialversicherungsleistungen (Renten, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) und den Sozialversicherungsüberschuss. Einkommensdaten sind alle drei Jahre verfügbar.

Quelle: Bach, S.; Bartels, C.; Neef, T. (2024), 17.

Abbildung 3

Einkommensentwicklung und -zusammensetzung der obersten 0,1% der Einkommensverteilung in Deutschland, 1992 bis 2019



Quelle: Bach, S.; Bartels, C.; Neef, T. (2024), 46.

Nominaleinkommen von mindestens 4 Mio. Euro hatten und im Durchschnitt 11,5 Mio. Euro verdienen.

Die Struktur des Nationaleinkommens nach Einkommensgruppen

Abbildung 2 zeigt das durchschnittliche Nationaleinkommen für die vier Einkommensgruppen sowie dessen Zusammensetzung in Preisen von 2015. Für 99% der erwachsenen Bevölkerung sind Arbeitseinkommen bei Weitem die wichtigste Einnahmequelle. Die Entwicklung dieser Einkommen verlief jedoch entlang der Verteilung sehr unterschiedlich: Die durchschnittlichen Einkommen der unteren Hälfte sanken bis Mitte der 2000er Jahre und überstiegen erst 2016 wieder das Niveau zu Beginn der 1990er. Die durchschnittlichen Einkommen der Mittelschicht (50. bis 90. Perzentil) stagnierten zunächst und stiegen erst ab Mitte der 2000er Jahre an. Dagegen wuchsen die Einkommen der oberen Mittelschicht (90. bis 99. Perzentil) bereits seit den 1990ern stetig, vor allem infolge steigender Arbeitseinkommen.

Die Spitzeneinkommen (oberstes 1%) blieben zwischen 1992 und 2019 insgesamt relativ stabil, insbesondere jene aus Personengesellschaften und Einzelunterneh-

men. Diese Stabilität deutet auf eine ausgeprägte individuelle Einkommenspersistenz hin, die in Deutschland stärker ausgeprägt ist als in Kanada, Frankreich oder den USA.⁵ Der vorübergehende Anstieg des Einkommensanteils des obersten Perzentils im Jahr 2007 fiel mit einer Phase starken Wirtschaftswachstums und dem Höchststand des Leistungsbilanzüberschusses zusammen, der insbesondere die Unternehmensersparnisse erhöhte.⁶

Auch die Struktur der Einkommen unterscheidet sich deutlich zwischen den unteren Einkommensgruppen und den Spitzenverdienern. Während die unteren 99% der Einkommensverteilung überwiegend von Arbeitseinkommen leben, stammen die Einkommen der obersten 1% überwiegend aus Personengesellschaften und Einzelunternehmen; Dividenden aus Kapitalgesellschaften spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Dieses Muster verstärkt sich an der Spitze wei-

5 Vgl. Drechsel-Grau, M.; Peichl, A.; Schmid, K. D.; Schmieder, J. F.; Walz, H.; Wolter, S.: Inequality and Income Dynamics in Germany, in: *Quantitative Economics*, Vol. 13 (4), 2022, 1593–1635. – Jenderny, K.: Mobility of Top Incomes in Germany, in: *Review of Income and Wealth*, Vol. 62 (2), 2016, 245–265.

6 Vgl. Klug, T.; Mayer, E.; Schuler, T.: The Corporate Saving Glut and the Current Account in Germany, in: *Journal of International Money and Finance*, Vol. 121, 102515, 2022.

ter: Gewinne aus Personengesellschaften machen 30% des Einkommens der obersten 0,01% aus – 50%, wenn einbehaltene Gewinne mitgerechnet werden (vgl. Abbildung 3). Während Dividenden, die direkt von Steuerpflichtigen bezogen werden, weiterhin eine geringe Rolle spielen, gewinnen Dividenden, die über Personengesellschaften oder Einzelunternehmen vereinnahmt werden, an Bedeutung und machen an der Spitze 10% des gesamten Einkommens aus. Dies deutet darauf hin, dass diese Unternehmen häufig als Holdinggesellschaften für mehrere Betriebe fungieren.

Die Dominanz von Personengesellschaften könnte darauf hinweisen, dass arbeitsintensive – im Gegensatz zu kapitalintensiven – Unternehmen an der Spitze der Einkommensverteilung eine größere Rolle spielen. Dieser Frage gehen wir nach, indem wir den Wirtschaftszweig der jeweiligen Personengesellschaften und Einzelunternehmen analysieren. Unsere Ergebnisse zeigen, dass ein großer Anteil der Unternehmen der Spitzenverdiener (oberste 1%) in arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen wie Rechts-, Steuer-, IT- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Ingenieurwesen sowie in medizinischen Praxen tätig ist. Mindestens die Hälfte der Unternehmen im Besitz der unteren 0,9% des obersten 1% und rund ein Viertel der Unternehmen innerhalb der obersten 0,1% entfallen auf diese Sektoren. An der absoluten Spitze (oberste 0,1%) gewinnen hingegen Immobilienaktivitäten zunehmend an Bedeutung.

Ausblick

Unsere Analyse zeigt, dass insbesondere besserverdienende Arbeitnehmer im oberen Zehntel der Einkommensverteilung seit den 1990er Jahren reale Einkommenszuwächse verzeichneten, während die Einkommen der unteren Hälfte bis Mitte der 2000er Jahre sanken und sich bis 2019 nur teilweise erholten. Die Spitzeneinkommen blieben dagegen weit-

gehend stabil und stammen überwiegend aus unternehmerischen Tätigkeiten, insbesondere aus Personengesellschaften und Einzelunternehmen, während Dividendeneinkommen aus Kapitalgesellschaften eine geringere Rolle spielen.

Mit unserer neuen, detaillierten Datenbasis wird es künftig möglich sein, die Auswirkungen von Reformen der Sozialversicherung und Einkommensbesteuerung auf die gesamte Einkommensverteilung in Deutschland besser zu analysieren. Unsere Ergebnisse bieten damit eine wichtige Grundlage für politische Debatten über mehr ökonomische Teilhabe und faire Lastenverteilung. 



Dr. Stefan Bach

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

sbach@diw.de



Professorin Dr. Charlotte Bartels

Universität Leipzig

charlotte.bartels@uni-leipzig.de



Dr. Theresa Neef

Abteilung Strukturwandel und Produktivität bis Mai 2025

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

theresa.neef@svr-wirtschaft.de

Die deutsche Investitionsschwäche: Warum gibt es sie, warum ist sie wichtig und was sollte die neue Bundesregierung dagegen tun?

Reint Gropp

Deutschland befindet sich schon im zweiten Jahr in einer Rezession, und Wachstum ist laut den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute auch 2025 kaum zu erwarten. Viel schlimmer ist allerdings, dass neue Prognosen des langfristigen Wachstums im Gleichgewicht (das so genannte Produktionspotenzial) dramatisch niedrigere Wachstumsraten für die nächsten 20 Jahre vorhersagen, wenn sich die Wirtschaftspolitik nicht deutlich ändert. Eine wesentliche Ursache für die Wachstumsschwäche ist die Investitionsschwäche. Um diese anzugehen, reicht das beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur nicht aus. Die neue Bundesregierung muss die Bürokratie abbauen und Planungsverfahren verkürzen, eine rationale Klima- und Energiepolitik verfolgen, das Rentensystem mutig in Richtung Kapitaldeckungsverfahren umbauen und eine Einkommensteuerreform auf den Weg bringen, die mittlere Einkommen entlastet.

DOI: <https://doi.org/10.18717/wwxn4d-bb19>

JEL-Klassifikation: E22, H54

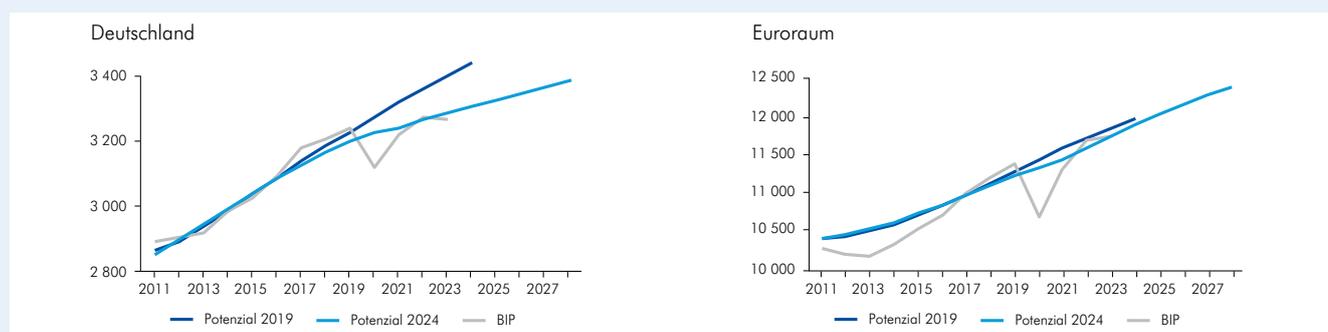
Schlagwörter: Bürokratieabbau, Einkommensteuerreform, Investitionsschwäche, Klimapolitik, Rentenreform

In den letzten 20 Jahren ist Deutschland real (also die Inflation herausgerechnet) um rund 1,5% pro Jahr gewachsen. Das ist etwas besser als viele europäische Länder, aber deutlich niedriger als die USA. Laut den Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute würde sich das Gleichgewichtswachstum auf rund 0,7% pro Jahr in den nächsten 20 Jahren reduzieren (vgl. Abbildung 1). Auf den ersten Blick scheint das nur ein recht kleiner Unterschied zu sein, aber durch den Zinseszinsseffekt sind die Einkommensunterschiede nach 20 Jahren erheblich: Bei einem Durchschnittswachstum von 0,7% pro Jahr würde ein durchschnittliches Einkommen von heute 50 000 Euro

in 20 Jahren auf rund 57 500 Euro anwachsen, bei einem Wachstum von durchschnittlich 1,5% wie in der Vergangenheit auf rund 67 000 Euro, also ein deutlicher Unterschied. Noch einmal: Diese Berechnung ist völlig unabhängig von Preissteigerungen.

Warum haben die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für das Gleichgewichtswachstum so dramatisch reduziert? Einer der wichtigsten Faktoren ist das Produktivitätswachstum, grob gesagt also der Output pro Arbeitnehmer. Ein höherer Output pro Arbeitnehmer führt zu höheren Löhnen und Gehältern. Wir erwarten hier deutlich geringere Steigerungen als in den vergangenen Jahren. Warum ist das so,

Abbildung 1
Revision der Potenzialschätzung 2024 gegenüber 2019
in Mio. Euro



Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024, 65.

und was könnte die neue Bundesregierung tun, um das Blatt noch zu wenden?

Investitionsschwäche belastet Wirtschaft

Eine der wichtigsten Beobachtungen, die die gegenwärtige Wirtschaftsschwäche, aber auch die reduzierten Erwartungen für die Zukunft erklären, ist die Investitionsschwäche der Wirtschaft, sowohl im Privatsektor als auch der öffentlichen Hand. Allein die Investitionslücke bei den öffentlichen Investitionen, gemessen als Abstand zum EU-Durchschnitt, beträgt seit zwei Jahrzehnten mindestens einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abbildung 2) bzw. 50 Mrd. Euro pro Jahr. Das im März 2025 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Investitionspaket (Sondervermögen) von 500 Mrd. Euro über zwölf Jahre kann Deutschland nahe an den EU-Durchschnitt bringen, aber nicht mehr. Es wird jedoch nicht den Investitionsstau auflösen, der durch die langjährige Unterinvestition entstanden ist. Investitionen sind ein wichtiger Bestimmungsfaktor für das zukünftige Wachstum: Eine Wirtschaft, die heute nicht investiert, ist in der Zukunft weniger produktiv.

Wenn man Unternehmen fragt, warum sie nicht investieren, dann erwähnen sie zuallererst bürokratische Hemmnisse, Energiekosten, (zu erwartende) steigende Lohnnebenkosten und Arbeitskräftemangel. Daraus ergeben sich folgende Empfehlungen an die Bundesregierung:

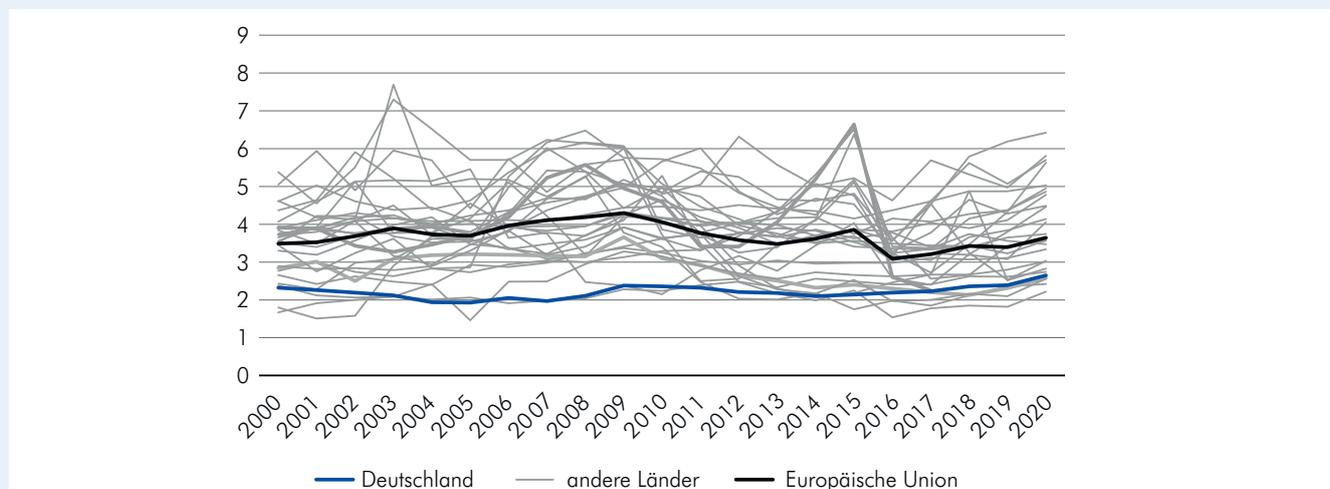
Bürokratieabbau

Den Abbau von Bürokratie haben sich alle Parteien auf die Fahne geschrieben, das allerdings auch schon seit vielen Jahren, in denen die Bürokratie dramatisch zugenommen und nicht abgenommen hat. Fast noch schlimmer ist dabei, dass es offensichtlich möglich ist, bei Großansiedlungen bürokratische Prozesse stark zu verkürzen (siehe Intel oder Tesla). Diese Ungleichbehandlung verstärkt noch die Frustration der Unternehmen. Ein neuer Ansatz muss her, in dem der Staat systematisch wieder vom übergriffigen zum dienstleistenden Staat wird. Das bedeutet, dass es nicht ohne ein groß angelegtes Re-Training-Programm gehen wird, in dem Mitarbeiter in den Ministerien im Bund und in den Ländern sowie (und vielleicht besonders dort) in den kommunalen Verwaltungen ihre Rolle als Dienstleister neu begreifen müssen. Für öffentliche Investitionen gilt: Verfahren müssen verkürzt und Prioritäten gesetzt werden, welche Vorschrift und welches öffentliche Ziel Vorrang vor anderen Vorschriften oder Zielen hat.

Klima- und Energiepolitik

Es ist klar, dass es in der Klima- und Energiepolitik einen Zielkonflikt gibt: Einerseits sind hohe CO₂-Preise notwendig, um die richtigen Anreize für Energieeinsparung und Innovation zu liefern, ohne die die Energiewende nicht machbar ist. Andererseits bedeu-

Abbildung 2
Öffentliche Investitionen in den EU-Ländern
in % des Bruttoinlandsprodukts



Anmerkung: Dargestellt sind die Bruttoanlageinvestitionen (*gross capital formation*) für den Sektor Staat in % des BIP für die Länder der EU 28 (graue Linien). Deutschland ist blau hervorgehoben, der EU-28-Durchschnitt schwarz.

Quelle: Rösel, F.; Wolffson, J.: Chronischer Investitionsmangel – eine deutsche Krankheit, in: *Wirtschaftsdienst*, Vol. 102 (7), 2022, 529-533.

tet das aber auch Belastungen für Haushalte (Benzinkosten, Heizkosten) und Unternehmen. Zunächst einmal muss dieser Zielkonflikt klar benannt und nicht, wie in der Vergangenheit, verheimlicht werden. Er muss eingebettet werden in eine transparente Strategie, die den Haushalten und Unternehmen Planungssicherheit gibt. Nur die größten Härten dürfen abgedefert werden: Klimapolitik ist eine Investition in die Zukunft, die teuer ist, sich aber lohnt, da die Alternative noch teurer wäre. Es ist ein Fehler, so zu tun – wie das einige Parteien lange getan haben –, als würde es nur Gewinner der Klimapolitik geben. Diese Strategie sollte im Rahmen der europäischen Klimaziele, europäischer Klimazölle und des sektorübergreifenden europäischen Handelssystems für CO₂-Zertifikate stattfinden. Alleingänge auf nationaler Ebene sind nicht nur sinnlos im Sinne des Klimaschutzes, sondern auch schädlich für die Wirtschaft.

Demographie und das Rentensystem

Das deutsche Rentensystem, das auf einem Umlageverfahren beruht, steht kurz vor dem Kollaps. Ein Umlageverfahren, in dem gegenwärtige Arbeitnehmer die Renten der gegenwärtigen Rentner finanzieren, funktioniert, solange die Bevölkerung wächst oder zumindest nicht schrumpft. Sobald die Anzahl der gegenwärtigen Arbeitnehmer relativ zu der Anzahl der gegenwärtigen Rentner abnimmt, müssen entweder die Rentenbeiträge dramatisch erhöht oder die Renten dramatisch gekürzt werden. Arbeitgeber befürchten aufgrund der unqualifizierten Aussagen einiger Parteien („die Rente ist sicher“), dass Lohnnebenkosten dramatisch steigen werden, was auch zur Zurückhaltung bei Investitionen beiträgt, da nicht klar ist, ob sie sich dann noch lohnen würden.

Ein mutiger Schritt in Richtung Kapitaldeckungsverfahren, in dem jeder Arbeitnehmer seine Rente zumindest zum Teil selbst anspart, möglicherweise in einem Staatsfonds, ist überfällig. Vorschläge liegen unter anderem vom Sachverständigenrat vor, Vorbilder könnten andere Länder wie Schweden sein.

All das ist völlig unabhängig davon, dass man das Arbeitskräftepotenzial erhöhen muss, sowohl durch Einwanderung als auch durch eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sowie Verlängerungen der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Alles bittere Pillen, die aber nur noch bitterer werden, wenn man ihr Schlucken vertagt wie in den letzten Jahren.

Notwendige Einkommensteuerreform

Im Moment ist es so, dass die höchste prozentuale Einkommensteuerlast bei mittleren Einkommen anfällt. Im internationalen Vergleich wird Deutschland dadurch immer weniger attraktiv für gut ausgebildete Mitarbeiter. Reformen sind nicht leicht, da die meisten Steuereinnahmen von mittleren Einkommen stammen und man bei jeder sinnvollen Reform zwangsläufig auch die höheren Einkommen entlastet. Aus Sicht der Attraktivität des deutschen Standorts ist es aber unerlässlich, das Problem mutig anzugehen, auch wenn es zu Steuerausfällen führt. Das heißt aber eben auch, dass eine Schuldenbremse nur dann beibehalten werden kann, wenn sie diese Reformen, die alle teuer sind, nicht behindert.

Reformen als Investitionen in die Zukunft

Alle Reformen sind Investitionen in die Zukunft, in dem Sinne, dass sie Investitionen in Deutschland attraktiver machen und die Wachstumsschwäche Deutschlands reduzieren würden. Investitionen in öffentliche Bildungseinrichtungen spielen dabei auch eine entscheidende Rolle, denn wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen will, dann muss es sich auf seine ökonomischen Stärken besinnen, und das sind ein exzellentes Bildungssystem vom Kindergarten bis zu den Universitäten, starke mittelständische Unternehmen und ein effizienter Staat. Wenn man sich den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung anschaut, kann man allerdings Zweifel daran haben, ob das verstanden wird. Dabei ist es gar nicht einmal so, dass die Probleme nicht erkannt werden, sondern eher, dass keine mutigen strategischen Lösungen angeboten werden, die die Zusammenhänge zwischen Bürokratie, Investitionen, Einkommensteuern, Energie und Klimawandel erkennen.¹

¹ Die Originalfassung dieses Textes erschien am 15.02.2025 in [Table-Media](#).



Professor Reint Gropp, Ph.D.

Präsident des Leibniz-Instituts für
Wirtschaftsforschung Halle

Reint.Gropp@iwf-halle.de

Forschen für den Arbeitsmarkt von morgen

Die wirtschaftliche Transformation verändert die Arbeitswelt spürbar. Am IWH wird die Abteilung Strukturwandel und Produktivität diese Umbrüche künftig noch intensiver untersuchen und sich damit selbst verändern. Eine hochkarätige Konferenz nach besonderen Spielregeln gab dafür einen kräftigen Schub.

Princeton, Berkeley und Cambridge: Einige der klangvollsten Orte der Wissenschaftswelt stehen auf dem Programm. Sie bezeichnen die akademischen Herkünfte jener Arbeitsökonominnen und -ökonom, die sich für eine Premiere auf den Weg nach Halle gemacht haben. Für eine neue Konferenz hatten IWH-Forscher Steffen Müller, Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität, und Simon Wiederhold, Senior Research Advisor in der Abteilung, ein besonderes Format gewählt. Anders als üblich gab es vorab keine Werbung, Forschende konnten sich nicht um eine Teilnahme bewerben. Dabeisein war nur auf Einladung möglich. Das Ziel: Ein kleiner Kreis von ausgewählten internationalen Top-Forschenden sollte in einem geschützten Raum neue, wegweisende Erkenntnisse diskutieren. Nach einem Jahr Vorbereitungszeit war es am 13. und 14. Juni 2025 endlich so weit: Erstmals fand der *IWH Senior Workshop on Future Labor Markets*, kurz FLAME, statt.



Die Gastgeber: Steffen Müller und Simon Wiederhold vom IWH. Fotos: IWH, © Thomas Victor.

Zwei Tage, zwei Dutzend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, angereist aus den USA und Kanada, aus Schweden und Norwegen. Viele zählen zur Weltspitze der Arbeitsmarktforschung. So wie Thomas Lemieux, einer der renommiertesten Arbeitsökonom weltweit und Mit-Herausgeber des *Handbook of Labor Economics*, der den Workshop gemeinsam mit Steffen Müller und Simon Wiederhold organisiert hatte und zur Rolle von Gewerkschaften für die Lohnverteilung referierte. So wie Simon Jäger, der als Professor in Princeton lehrt und seine Expertise als Berater sichtbar auch in die deutsche Bundes-



Bei angenehmer Junisonne versammeln sich die Teilnehmenden im Innenhof des IWH.

politik einbringt. So wie Benjamin Schoefer von der University of California in Berkeley, der als Research Fellow seit Jahren mit dem IWH zusammenarbeitet. Ein solches Tagungsformat stärkt nicht nur das internationale Profil des Instituts. Es bietet auch eine Plattform, um neue gemeinsame Forschungsprojekte anzustoßen.

Die FLAME bot den Rahmen für einen angeregten Austausch, wobei die Spätfrühlingssonne so angenehm schien, dass die Präsentation der meisten Forschungsposter kurzerhand in den Innenhof des Instituts verlegt wurde. Im Konferenzsaal herrschte hingegen über Stunden hinweg eine gespannte Aufmerksamkeit. Die Vorträge regten Diskussionen an,



Einer der renommiertesten Arbeitsökonom weltweit: Thomas Lemieux von der Vancouver School of Economics.

die manchmal noch lange hätten weitergehen können, so vielfältig und fordernd sind die Fragen, die die empirische Forschung aufwirft. Wer zahlt dafür, wenn Beschäftigte aufgrund des Mindestlohns mehr verdienen? Inwiefern beeinflussen Unterschiede in den Gehaltsverhandlungen zwischen Männern und Frauen die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern? Wie prägen Unternehmen und Märkte, was, wann und wie Arbeitskräfte sich weiterbilden? Was bedeutet es für das öffentliche Gesundheitswesen, wenn Bürger vermehrt private Leistungen nutzen? Schnell wurde klar: Worüber die Wirtschaftswissenschaft heute diskutiert, kann morgen in politische Entscheidungen einfließen. Mit dieser Mischung aus unabhängiger, hochwertiger Forschung und Politikberatung wird das IWH seit Jahren mehr und mehr zum Anziehungspunkt für internationale Top-Forschende. Die FLAME ist dafür ein gutes Beispiel. Als hochkarätige Konferenz soll sie von nun an regelmäßig in Halle stattfinden und den Anspruch des Gastgebers unterstreichen: In der Erforschung des Strukturwandels am Arbeitsmarkt soll das IWH



Simon Jäger von der Princeton University bei seinem Vortrag über die Rolle von Unternehmensberatungen.

mit seinem Netzwerk aus Hochschulen in Mitteldeutschland und Berlin zu einer europaweit führenden Einrichtung werden.

Themen gibt es dafür mehr als genug, schon weil beispielsweise das Ringen um den Mindestlohn in Deutschland unter jeder neuen Bundesregierung unvermindert weitergeht. Weil das Ende des Kohleabbaus das Jobangebot ganzer Landstriche verändert. Oder weil der wachsende Einsatz von Robotern und künstlicher Intelligenz Fachkräfte zur Weiterbildung zwingt und zugleich neue Karrierewege eröffnet. Lohnbildung und Beschäftigung, Gewerkschaften und Institutionen, grüne Transformation



Ein kleiner Kreis an ausgewählten Forschenden ermöglicht anregende Diskussionen.

und Automatisierung: Überall verändert sich der Arbeitsmarkt spürbar. Damit verbunden sind Chancen, Risiken und Fragen, die eine Gesellschaft beantworten muss. Die IWH-Abteilung Strukturwandel und Produktivität wird sich dieser Fragen verstärkt annehmen und die Forschung an Arbeitsmarktthemen intensivieren.

Das Institut geht damit einen logischen Schritt in seiner Entwicklung, die jüngst mit einem anderen Erfolg verbunden war. Mit Beginn des Jahres 2025 wurde das IWH-Zentrum für Firmen- und Produktivitätsdynamik aus der Abteilung Strukturwandel und Produktivität ausgegliedert und substantiell erweitert. Als eigenständige Querschnittseinheit, die mit allen Forschungsabteilungen des Instituts zusammenarbeitet, ergründet das Zentrum anhand von Mikrodaten auf Firmenebene die Produktivitätsdynamik in Europas Volkswirtschaften. Die Abteilung Strukturwandel und Produktivität besetzt die freigewordenen Positionen mit Arbeitsmarktökonominnen neu und gewinnt somit mehr Raum, um die Transformation des Arbeitsmarkts europaweit sichtbar zu erforschen. 

DOI: <https://doi.org/10.18717/ww86bh-mw45>

Weitere Impressionen und das Programm der FLAME-Konferenz auf der [IWH-Website](#).



Rafael Barth

Stabsstelle Interne und externe Kommunikation

Rafael.Barth@iwh-halle.de

Kalifornische Inspirationen

Wissenschaft lebt vom Austausch kluger Köpfe über Grenzen hinweg. IWH-Ökonom Simon Wiederhold hat vier Wochen an der Stanford University geforscht. Einblicke in eine höchst anregende Erfahrung.

Sattes Frühlingsgrün, Palmen, sonnenbeschienene Innenhöfe: Wer einmal über den Campus der Stanford University südlich von San Francisco spaziert ist, versteht schnell, warum dieser Ort so viele kluge Köpfe anzieht. Im April durfte ich vier Wochen als Gastforscher an der renommierten Hoover Institution verbringen. Eingeladen hatte mich Eric A. Hanushek, weltweit einer der profiliertesten Ökonomen an der Schnittstelle von Bildung und Arbeitsmarkt und mein langjähriger Ko-Autor.

Die Zeit war intensiv und anregend, nicht nur wegen der kalifornischen Sonne, sondern vor allem wegen des intellektuellen Klimas. Der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen vor Ort war unkompliziert, neugierig und inspirierend. Es ist beeindruckend, mit welcher Offenheit Forschende in Stanford auch über erste Ideen, gescheiterte Hypothesen oder neue methodische Zugänge diskutieren. Und dabei wirken sie so „laid-back“, wie man es der amerikanischen Westküste gern nachsagt – eine entspannte Haltung, die ansteckend ist und zum Nachdenken einlädt.

Während meines Aufenthalts habe ich an einem Projekt zu den globalen Arbeitsmarkterträgen von Kompetenzen gearbeitet. Schon in einer früheren Studie hatten wir unter anderem gemeinsam mit Hanushek gezeigt, dass sich bessere Bildung in den USA beson-



Der Hoover Tower, das Wahrzeichen der Stanford University. Das Büro von Simon Wiederhold lag gleich nebenan. Fotos: privat.



Der Autor im kalifornischen Palo Alto, das an den Campus der Stanford University angrenzt.

ders stark auszahlt. In kaum einem anderen Land sind die Lohnerträge kognitiver Fähigkeiten so hoch. Stanford bot nun die ideale Umgebung, um die Frage weiterzuverfolgen, ob das auch heute noch gilt. Möglich macht das der neue, nunmehr zweite Erhebungszyklus der internationalen PIAAC-Studie der OECD. Damit lassen sich erstmals Entwicklungen von Kompetenzen und Kompetenzerträgen über den Verlauf eines Jahrzehnts analysieren.

Außerdem habe ich ein Forschungsprojekt vorgestellt, das sich mit der Rolle administrativer Hürden bei der Inanspruchnahme familienpolitischer Leistungen beschäftigt. In einer groß angelegten Feldstudie in zwei deutschen Städten zeigen meine Ko-Autoren, -Autorinnen und ich, dass viele Eltern trotz rechtlichem Anspruch keinen Kita-Platz haben – oftmals aber nicht, weil sie keinen Platz möchten, sondern weil Informationen fehlen oder bürokratische Prozesse abschrecken. Eine einfache Bereitstellung von Informationen zum Kita-System und ein wenig Hilfe im Bewerbungsprozess erhöhten nicht nur die Inanspruchnahme von Kinderbetreuung, sondern auch die Vollzeitwerbstätigkeit von Müttern deutlich. Besonders spannend war es, diese Ergebnisse in Stanford zu diskutieren: Mütter gehen in

den USA in der Regel deutlich früher als in Deutschland wieder arbeiten, und Kinderbetreuung ist ganz anders organisiert als bei uns.

Die Frage, wie bürokratische Hürden den Zugang zu familienpolitischen Leistungen erschweren – und wie man diese wirksam abbauen kann – habe ich ebenfalls weiterverfolgt. In den USA ist dies ein hochrelevantes Thema, und es war interessant zu sehen, wie ähnlich sich manche Herausforderungen trotz sehr unterschiedlicher institutioneller Kontexte sind. Besonders inspirierend waren Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, die innovative Feldexperimente zu digitalen Informations- und Antragsportalen durchführen. Die Idee, evidenzbasierte Politikberatung mit pragmatischen technischen Lösungen zu verbinden, möchte ich künftig auch in meine Arbeit in Deutschland stärker einfließen lassen.

Neben der Forschung kam in Stanford auch das Nachdenken über die politischen Rahmenbedingungen von Wissenschaft nicht zu kurz. Die aktuelle Wissenschaftspolitik in den USA – etwa die Debatten um die Zukunft des Bildungsministeriums oder Einschränkungen beim Zugang zu nationalen Datensätzen – war regelmäßig Thema auf dem Campus. Auch die Situation vieler US-Universitäten wurde diskutiert, insbesondere angesichts der Unsicherheit über den Fortbestand internationaler Mobilität und der Visa-Praxis, wie zuletzt am Beispiel Harvard sichtbar wurde. Trotz dieser Herausforderungen herrschte ein vorsichtiger Optimismus, dass sich die Rahmenbedingungen für freie und offene Wissenschaft wieder verbessern werden.



Viel Sonne und ein Umfeld, das neue Ideen beflügelt: Professor Dr. Simon Wiederhold in Kalifornien. Am IWH leitet er die Forschungsgruppe Bildung, Kompetenzen und Arbeitsmarkt und wirkt als Senior Research Advisor der Abteilung Strukturwandel und Produktivität.



Brown-Bag-Seminar: In den USA ist es anders als in Deutschland üblich, dass zu Vorträgen Essen serviert wird. Das erhöht durchaus den Anreiz teilzunehmen.

Was bleibt nach vier Wochen Stanford? Neue Impulse, viele offene Fragen – und die Erfahrung, wie produktiv und wohltuend es sein kann, mit Abstand und in einem neuen Umfeld über die eigene Forschung nachzudenken. Vieles wird sich wohl erst mit etwas zeitlichem Abstand entwickeln. Fest steht aber schon jetzt: Diese Reise hat sich gelohnt. 🇺🇸

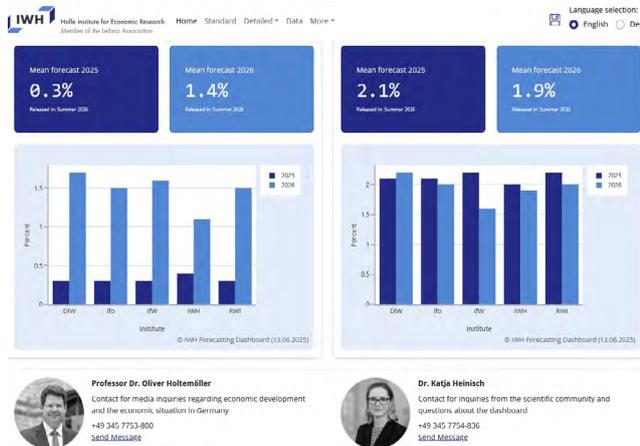
DOI: <https://doi.org/10.18717/wn30p-va95>

Professor Dr. Simon Wiederhold

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Simon.Wiederhold@iwh-halle.de

Meldungen



Neues Prognose-Dashboard

Pünktlich vor Veröffentlichung der Frühjahrsprognosen stellte die [Abteilung Makroökonomik](#) des IWH ein umfassendes Daten-Tool bereit, das einen interaktiven Vergleich unterschiedlicher Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland erlaubt. Entscheider aus Politik und Wirtschaft sowie Interessierte aus Medien, Wissenschaft und Öffentlichkeit können das IWH Forecasting Dashboard kostenfrei nutzen.

[Pressemitteilung lesen](#)

[IWH Forecasting Dashboard ausprobieren](#)



Ufuk Akcigit in IMF-Beratergremium berufen

IWH-Forschungsprofessor und Max-Planck-Humboldt-Preisträger [Ufuk Akcigit](#) von der University of Chicago wurde von IMF Managing Director Kristalina Georgieva in den neuen [IMF Advisory Council on Entrepreneurship and Growth](#) berufen. Angesichts des global sinkenden Produktivitätswachstums bringt der Rat eine Gruppe führender Denker und Praktiker aus Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft und Politik mit dem Ziel zusammen, politische Maßnahmen zur Verbesserung der Ressourcenallokation sowie der Förderung von Innovation und Wachstum im Privatsektor zu empfehlen.



Abteilung Finanzmärkte ausgezeichnet

Die [Abteilung Finanzmärkte](#) des IWH wurde mit dem Preis ["Bestes Forschungsumfeld 2024"](#) ausgezeichnet. Sie würdigen damit die Bedeutung eines guten Forschungsumfelds für die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und die Anstrengung, die es bedarf, inspirierende, fördernde und faire Rahmenbedingungen aktiv zu gestalten. Im März wählte die Jury aus knapp 300 Bewerbungen 24 Teams für die Shortlist aus. Aus dieser wurden am 7. Juni 2025 die zehn Forschungsumfelder ausgelost, die jeweils ein Preisgeld von 10 000 Euro erhalten.

Meldungen



Best Paper Awards

Für ihren 2024 im Economic Journal veröffentlichten Artikel [Trade Shocks, Labour Markets and Migration in the First Globalisation](#) erhielten [Richard Bräuer](#) (IWH) und [Felix Kersting](#) (HU Berlin) in [Birmingham](#) den mit 2 500 £ dotierten [2024 Austin Robinson Memorial Prize der Royal Economic Society](#) für das beste Papier von Nachwuchsforschern.



[Liuchun Deng](#), [Verena Plümpe](#) und [Jens Stegmaier](#) erhielten für ihren Artikel [Robot Adoption at German Plants](#) den [Best Paper Award des Journal of Economics and Statistics](#) für das beste Papier des Jahrgangs 2024.



Patrick Nüß spricht bei der Verleihung des Promotionspreises der SHUG.
 Foto: SHUG/Schaller.

Ausgezeichnete Dissertation

Für seine 2024 an der [Christian-Albrechts-Universität zu Kiel](#) veröffentlichte Dissertation [Essays on Management Opposition and Unionization](#) erhielt IWH-Ökonom [Dr. Patrick Nüß](#) gleich drei Auszeichnungen: den [Erich-Schneider-Preis](#) für die [beste volkswirtschaftliche Promotion an der Uni Kiel](#), den mit 3 000 Euro dotierten [Promotionspreis der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft \(SHUG\)](#) und außerdem eine „[Honorable Mention](#)“ im Rahmen des [Best Dissertation Award der Labor and Employment Relations Association](#). In seiner Dissertation analysiert er experimentell in Deutschland und den Vereinigten Staaten die Dynamik des Widerstands gegen gewerkschaftliche Organisation sowie die Faktoren, die die Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisation beeinflussen.

Veranstaltungen



Donnerstag, 3. April 2025, IWH, Halle (Saale)

Girls' Day 2025

Am Mädchen-Zukunftstag bot das IWH spannende Einblicke und lud Schülerinnen ein, mit IWH-Expertinnen und -Experten ins Gespräch zu kommen und an Experimenten teilzunehmen, die die Forschung am Institut spielerisch erklären.



Dienstag, 29. April 2025, IWH, Halle (Saale)

Workshop Finanzregulierung – Going Green 2025

Das Center for Advanced Studies on the Foundations of Law and Finance (LawFin), die Frankfurt School of Finance & Management, die Goethe-Universität Frankfurt, das IWH, die Humboldt-Universität zu Berlin, das Leibniz-Institut für Finanzforschung SAFE und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) veranstalteten gemeinsam den interdisziplinären Workshop Finanzregulierung – Going Green 2025.



Donnerstag, 15. Mai und Freitag, 16. Mai 2025, IWH, Halle (Saale)

20. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: Arbeitskräfteknappheit und Arbeitsmarktinstitutionen

Auch wenn die derzeitige Rezession die Zahl der offenen Stellen sinken und die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ansteigen lässt, stellen der demographisch bedingte Rückgang der Erwerbsbevölkerung und die sich daraus ergebende Knappheit an Arbeitskräften die zentrale Herausforderung am Arbeitsmarkt für die kommenden Jahre dar.

Keynote Speaker: [Benjamin Schoefer](#) (University of California).

Veranstaltungen



Freitag, 13. Juni und Samstag, 14. Juni 2025, IWH, Halle (Saale)
IWH Senior Workshop on Future Labor Markets (FLAME)

FLAME brachte führende internationale Forschende zusammen, um aktuelle Forschungsergebnisse zum Wandel der Arbeitsmärkte zu diskutieren. Die Teilnahme war nur auf Einladung möglich, um einen zielgerichteten und intensiven Austausch an der Forschungsfront zu gewährleisten.

Keynote Speaker: **Thomas Lemieux** (Vancouver School of Economics at the University of British Columbia).



UPCOMING: Sonntag, 10. August bis Freitag, 15. August 2025, Deutsche Bundesbank, Eltville am Rhein
2nd Frankfurt Summer School

Die Deutsche Bundesbank, das Leibniz-SAFE, das House of Finance und das IWH organisieren mit Unterstützung des Netzwerks „Challenges of the European Monetary and Financial Order“ die zweite Frankfurt Summer School.



UPCOMING: Montag, 15. September und Dienstag, 16. September 2025, Deutsche Bundesbank, Eltville am Rhein
Workshop The Future of Banking: Risk Management, Governance, and Innovation in a Regulated World

Die rasante Entwicklung des Bankensektors, die durch technologische Fortschritte, geopolitische Spannungen und neu auftretende Risiken vorangetrieben wird, verändert die Landschaft für Finanzintermediäre. Diese Konferenz wird sich mit Fragen des Risikomanagements, der Governance und Innovation befassen und sich dabei auf die Auswirkungen auf die Finanzregulierung und -aufsicht konzentrieren.

Veranstaltungen



UPCOMING: Donnerstag, 25. September und Freitag, 26. September 2025, Vilnius, Litauen

14th CompNet Annual Conference

Die diesjährige Konferenz wird führende Ökonomen und politische Entscheidungsträger zusammenbringen, um über Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und politische Erkenntnisse auf Unternehmensebene im Kontext der globalen wirtschaftlichen Veränderungen zu diskutieren.

Keynote Speaker: [Chad Syverson](#) (The University of Chicago, Booth School of Business).



UPCOMING: Donnerstag, 25. September und Freitag, 26. September 2025, IWH, Halle (Saale)

11th IWH-FIN-FIRE Workshop on "Challenges to Financial Stability"

Gesucht werden hervorragende theoretische und empirische Beiträge aus einem breiten Spektrum von Themen der Finanzökonomik und Finanzstabilität.

Keynote Speaker: [Itay Goldstein](#) (Finance Department Wharton School, University of Pennsylvania).

Publikationen

The Journal of Finance

Nonstandard Errors

A. J. Menkveld, A. Dreber, F. Holzmeister, J. Huber, M. Johannesson, Michael Koetter, M. Kirchler, S. Neusüß, M. Razen, U. Weitzel, Shuo Xia et al.

>>In statistics, samples are drawn from a population in a data-generating process (DGP). Standard errors measure the uncertainty in estimates of population parameters. In science, evidence is generated to test hypotheses in an evidence-generating process (EGP). ...<<

Journal of Political Economy

Expectations, Infections, and Economic Activity

M. S. Eichenbaum, M. Godinho de Matos, F. Lima, S. Rebelo, Mathias Trabandt

>>This paper develops a quantitative theory of how people weigh the risks of infections against the benefits of engaging in social interactions that contribute to the spread of infectious diseases. Our framework takes into account the effects of public policies and private behavior on the spread of the disease. ...<<

Publikationen

Management Science

The (Heterogeneous) Economic Effects of Private Equity Buyouts

S. J. Davis, J. Haltiwanger, K. Handley, B. Lipsius, J. Lerner, Javier Miranda

>>The effects of private equity buyouts on employment, productivity, and job reallocation vary tremendously with macroeconomic and credit conditions, across private equity groups, and by type of buyout. ...<<

Econometric Theory

Advances in Using Vector Autoregressions to Estimate Structural Magnitudes

Christiane Baumeister, J. D. Hamilton

>>This paper surveys recent advances in drawing structural conclusions from vector autoregressions (VARs), providing a unified perspective on the role of prior knowledge. ...<<

The Economic Journal

Church Membership and Economic Recovery: Evidence from the 2005 Hurricane Season

Iftekhar Hasan, S. Manfredonia, Felix Noth

>>This paper investigates the critical role of church membership in the process of economic recovery after high-impact natural disasters. We document a significant adverse treatment effect of the 2005 hurricane season in the Southeastern United States on establishment-level productivity. ...<<

Journal of the European Economic Association

Application Barriers and the Socioeconomic Gap in Child Care Enrollment

H. Hermes, P. Lergetporer, F. Peter, Simon Wiederhold

>>Why are children with lower socioeconomic status (SES) substantially less likely to be enrolled in child care? We study whether barriers in the application process work against lower-SES children — the group known to benefit strongest from child care enrollment. ...<<

The International Journal of Human Resource Management

The Chief Human Resource Officer in the C-suite: Peer Prevalence and Environmental Uncertainty

D. Bendig, K. Haubner, J. Hoke, Sabrina Jeworrek

>>The chief human resource officer (CHRO) role elevates people-related matters to the apex of the firm. Why do some companies' leading management teams place so much emphasis on human resources while others do not? The present study argues that CHROs' presence in the C-suite is driven by firms' imitation of industry peers' leadership structures as a response to uncertainty. ...<<

Journal of Economic Behavior and Organization

Information about Inequality in Early Child Care Reduces Polarization in Policy Preferences

H. Hermes, P. Lergetporer, F. Mierisch, G. Schwerdt, Simon Wiederhold

>>We investigate public preferences for equity-enhancing policies in access to early child care, using a survey experiment with a representative sample of the German population. We observe strong misperceptions about migrant-native inequalities in early child care that vary by respondents' age and right-wing voting preferences. ...<<

Oxford Economic Papers

The Contribution of Employer Changes to Aggregate Wage Mobility

Nils Torben Hollandt, Steffen Müller

>>Wage mobility reduces the persistence of wage inequality. We develop a framework to quantify the contribution of employer-to-employer movers to aggregate wage mobility. Using three decades of German social security data, we find that inequality increased while aggregate wage mobility decreased. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 5/2025

Credit Card Entrepreneurs

Ufuk Akcigit, R. Chhina, S. Cilasun, Javier Miranda, N. Serrano-Velarde

IWH-Diskussionspapiere Nr. 6/2025

Assumption Errors and Forecast Accuracy: A Partial Linear Instrumental Variable and Double Machine Learning Approach

Katja Heinisch, F. Scaramella, Christoph Schult

IWH-Diskussionspapiere Nr. 7/2025

From Rivals to Allies? CEO Connections in an Era of Common Ownership

Dennis Hutschenreiter, Q. Liu

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 11/2025

IWH-Insolvenztrend: Weiterhin Höchststände bei Insolvenzzahlen, Industrie stark betroffen

>>Wie das IWH in einer heute veröffentlichten Analyse feststellt, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im März geringfügig gestiegen. Im ersten Quartal 2025 wurde das vergangene Rekordquartal nochmals leicht übertroffen. Am meisten Jobs waren in der Industrie betroffen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 12/2025

IWH-Tarif-Check: Keine realen Netto-Tariflohnzuwächse für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst

>>Steigende Sozialabgaben und Inflation fressen Gehaltsplus der Beschäftigten bei Bund und Kommunen auf. ...<<

IWH-Pressemitteilung 13/2025

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Struktur-reformen noch dringlicher

>>Die deutsche Wirtschaft tritt auch 2025 auf der Stelle. In ihrem Frühjahrgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von lediglich 0,1%. Für das Jahr 2026 erwarten die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,3%. Kurzfristig belasten die neue US-Zollpolitik und die wirtschaftspolitische Unsicherheit die Wirtschaft in Deutschland. Die Mittel aus den zusätzlichen Verschuldungsspielräumen dürften nach und nach expansiv wirken, drohen aber den privaten Konsum und private Investitionen zu verdrängen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 14/2025

In Ostdeutschland ist die Wirtschaft wie im Westen in der Krise – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

>>Im Jahr 2024 ist die Wirtschaft in Ostdeutschland um 0,1% geschrumpft, in Deutschland insgesamt um 0,2%. Für das Jahr 2025 rechnet das IWH für Ostdeutschland mit einer Stagnation, für 2026 mit einem Zuwachs von 1,1%. Die Arbeitslosenquote dürfte laut IWH-Prognose in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 7,8% betragen, nach 7,5% im Jahr 2024. ...<<

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 15/2025

IWH-Insolvenztrend: Höchststand bei Firmenpleiten seit 20 Jahren

>>Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland ist im April überraschend deutlich gestiegen. Laut Insolvenztrend des IWH wurde der höchste Wert seit Juli 2005 erreicht. Die Zahl der betroffenen Jobs ging hingegen zurück. ...<<

IWH-Pressemitteilung 16/2025

Privatisierung erhöht Effizienz in Krankenhäusern

>>Die Übernahme von Krankenhäusern durch Private-Equity-Firmen steht oft in der Kritik. Neue Forschung des IWH und der ESMT Berlin zeigt jedoch: Krankenhäuser profitieren davon operativ, ohne dass Qualität oder medizinische Versorgung beeinträchtigt werden. ...<<

IWH-Pressemitteilung 17/2025

Unsicherheit belastet Konjunktur – Europäische Wirtschaftsforschungsinstitute legen Bericht zur wirtschaftlichen Lage in Europa vor

>>Die AIECE, ein Netzwerk Europäischer Wirtschaftsforschungsinstitute, hat heute seinen halbjährlichen Gesamtbericht im Anschluss an die in Oslo von Statistics Norway ausgerichteten Frühjahrstagung 2025 veröffentlicht. Das IWH ist langjähriges Mitglied dieses Netzwerks und bringt regelmäßig seine wirtschaftswissenschaftliche Expertise in die gemeinsamen Analysen und Prognosen ein. ...<<

IWH-Pressemitteilung 18/2025

IWH-Insolvenztrend: Weniger Firmenpleiten im Mai, aber mehr Jobs betroffen

>>Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland ist im Mai spürbar zurückgegangen. Laut IWH stieg jedoch die ohnehin hohe Zahl von betroffenen Beschäftigten weiter an. ...<<

IWH-Pressemitteilung 19/2025

Konjunktur aktuell: Konjunkturelle Belegung in Deutschland – strukturelle Probleme und US-Handelspolitik belasten

>>Wie es mit der internationalen Konjunktur in diesem und im kommenden Jahr weitergeht, hängt im Wesentlichen vom Fortgang der Handelskonflikte zwischen den USA und dem Rest der Welt ab. Alles in allem steigt die Weltproduktion in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2,3%. Das größte weltwirtschaftliche Risiko besteht darin, dass die Handelskonflikte der USA mit der EU und insbesondere mit China weiter eskalieren. Für die deutsche Wirtschaft gibt es mehr und mehr Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung, die jedoch ebenfalls erheblich von der möglichen Eskalation der US-Handelskonflikte gefährdet ist. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2025 mit 0,4% erstmals seit zwei Jahren wieder etwas zunehmen. ...<<

Das IWH in den Medien

Felix Noth: Gastbeitrag: „[Gottvertrauen hilft](#)“
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2025

IWH: Bericht: „[Indische IT-Experten, Tagungen, neue Jobs: Wie die Forschung die Lausitz umkrempelt](#)“
in: Leipziger Volkszeitung, 13.06.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Neue Konjunkturprognosen: Wirtschaftskrise endet 2026](#)“
in: Süddeutsche Zeitung, 12.06.2025

Steffen Müller: Bericht: „[Wirtschaftsforscher: Weniger Firmenpleiten](#)“
in: Die Zeit, 10.06.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Arbeiten statt Feiertag? Warum der Pfingstmontag nicht das Problem ist](#)“
in: Mitteldeutscher Rundfunk, 09.06.2025

Reint Gropp: Podcast: „[Renaissance der Industriepolitik](#)“
in: Wirtschaftliche Freiheit, 06.06.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Arbeitszeit: So viel wird wirklich in Mitteldeutschland gearbeitet](#)“
in: Mitteldeutscher Rundfunk, 05.06.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[‘Rust in peace’: Why are Germany’s bridges and schools falling apart?](#)“
in: The Guardian, 03.06.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Ist da jemand? Jemand da draußen? Der so fühlt wie ich?](#)“
in: brand eins, 01.06.2025

Reint Gropp: Bericht: „[IWH-Chef fordert rasche Energiewende](#)“
in: Mitteldeutscher Rundfunk, 18.05.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Können die Beamten die Rentenversicherung retten?](#)“
in: WirtschaftsWoche, 12.05.2025

Steffen Müller: Bericht: „[Höchster Stand bei Firmenpleiten seit 20 Jahren](#)“
in: Die Welt, 08.05.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Für die Wirtschaft war wichtig, dass es zu keiner Hängepartie kommt](#)“
in: WirtschaftsWoche, 06.05.2025

Reint Gropp: Gastbeitrag: „[Safe Assets: Krise in den USA, Chance für Deutschland und Europa?](#)“
in: Table Media, 25.04.2025

IWH: Bericht: „[No economic tailwind for the new government](#)“
in: Börsen-Zeitung, 16.04.2025

Das IWH in den Medien

Steffen Müller: Bericht: „So viele deutsche Firmenpleiten wie seit Finanzkrise nicht mehr“
in: Der Standard, 08.04.2025

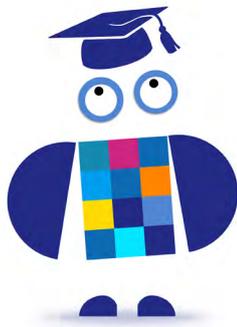
Reint Gropp: Bericht: „Hat der Wahnsinn doch Methode?“
in: Süddeutsche Zeitung, 04.04.2025

Reint Gropp: Bericht: „Was Sie über den Solidaritätszuschlag wissen müssen“
in: Die Zeit, 26.03.2025

Oliver Holtemöller: Bericht: „Was durch das Schuldenpaket nun teurer wird“
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.03.2025

Reint Gropp: Gastbeitrag: „Bürokratieabbau: Brauchen wir einen Elon Musk in Deutschland?“
in: Table Media, 22.03.2025

Personalien



Promotionen im Jahr 2024:

Eleonora Sfrappini, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Four Essays on Banking, Climate Risks and Financial Regulation, August 2024.

Verena Plümpe, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: [Advanced Technology Adoption: Determinants and Labor Market Effects of Robot Use](#), September 2024.

Tommaso Bighelli, Friedrich-Schiller Universität Jena: [The Contribution of Declining Corporate Taxes to Deindustrialization](#), Dezember 2024.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: vier Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Sear Greyson @seargreyson –
unsplash.com

Wirtschaft im Wandel, 31. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Juni 2025
ISSN 2194-2129

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.